

Ein Schritt hin zu mehr Demokratie?

Der Rücktritt Nawaz Sharifs

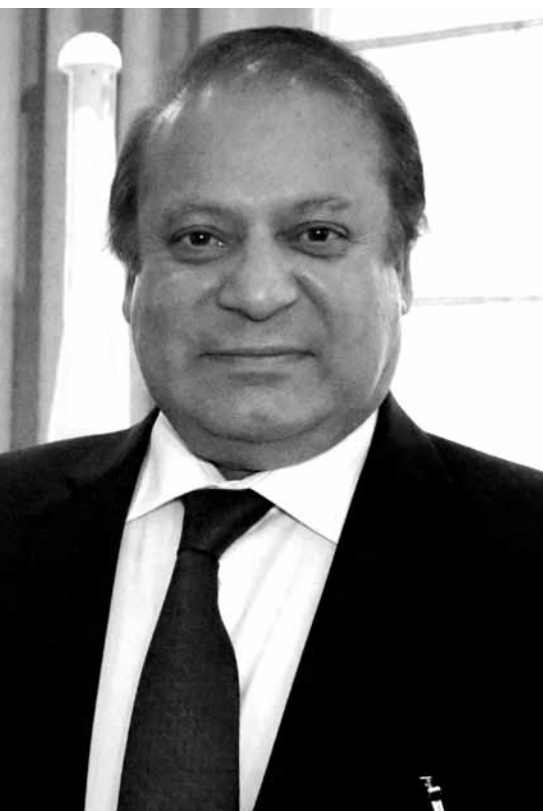
Lutz Viehweger

Auf der Weltbühne spielten 2016 die Enthüllungen rund um die Panama Papers eine gewichtige Rolle. Regierungen gerieten ins Straucheln und vereinzelt mussten Politiker zurücktreten. Die pakistanische Öffentlichkeit nahm an diesen Recherchen und Enthüllungen umso intensiver Anteil, da einige der Dokumente zeigten, dass der Nachwuchs, zwei Söhne und eine Tochter, von Premierminister Nawaz Sharif (*Pakistan Muslim League – Nawaz PLM-N*) von Offshore-Firmen profitierten. Teure Londoner Immobilien und unklare Besitz- und Anteilsverhältnisse an zahlreichen Firmen zogen die gesamte Familie Sharif in den Sog von nationalen und internationalen Recherchen. Infolgedessen reichte der Vorsitzende der Oppositionspartei *Pakistan Tehreek-e-Insaf* (PTI) Imran Khan, Klage gegen die gesamte Familie Sharif am Obersten Gerichtshof ein.

Nach einem langen, den politischen Betrieb lähmenden Prozess verkündeten die Richter im Mai 2017, dass eine Untersuchungskommission die vorgelegten Beweise untersuchen und dann einen

Abschlussbericht vorlegen sollte. Die Untersuchungskommission setzte sich aus Mitgliedern verschiedener Institutionen wie Geheimdiensten und Finanzbehörden zusammen. Im Fokus der Untersuchung standen

Auslandsfirmenbeteiligungen, die Finanzierung der Londoner Immobilien und hohe Geldgeschenke der Söhne an den Vater. Am 28. Juli 2017 fällte der Oberste Gerichtshof auf Basis dieses Untersuchungsberichtes ein einstimmiges Urteil und erklärte Nawaz Sharif für ungeeignet, das Amt des Premierministers zu bekleiden. Als gesetzliche Grundlage wurde dafür der Artikel 62 der pakistanischen Verfassung angeführt. In diesem wird von politischen Akteuren unter anderem eine „ehrliche und vertrauenswürdige“ Persönlichkeit erwartet. Ausschlaggebend für den durch die fünf Richter festgestellten Mangel an Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit waren dabei nicht etwa die massiven Zweifel an der Finanzierung der Londoner Immobilien oder die generelle Erkenntnis, dass Nawaz Sharif



Nawaz Sharif und seine Frau Kulsoom Nawaz Sharif

Bild links: DFID bei flick.com (CC BY 2.0):

Bild rechts: U.S. Government Works

im Aufsichtsrat einer in Dubai ansässigen Firma tätig war. In der Urteilsbegründung des Obersten Gerichtshof wurde nur darauf verwiesen, dass er im Bewerbungsbogen für die Zulassung als Premierministerkandidat 2013 die Firmenbeteiligung in Dubai verschwiegen hatte. Darüber hinaus wurden gegen ihn, seine beiden Söhne, seine Tochter, gegen den amtierenden Finanzminister Ishaq Dar und weitere Personen noch weitergehende Untersuchungen durch das *National Accountability Bureau* (NAB) angeordnet. Daraufhin trat Nawaz Sharif noch am selben Tag zurück und ernannte den bisherigen Energieminister Shahid Khaqan Abbasi aus den Reihen der PLM-N zu seinem Nachfolger. Dieser wurde am 1. August 2017 vereidigt.

Die in dieser Deutlichkeit überraschende Entscheidung des Gerichts, das bisherige Ausbleiben von massiven Protesten der PLM-N und der normale Fortgang des politischen Geschehens sprechen zunächst für eine Stabilisierung der Demokratie. Die exakte Einhaltung der Gewaltenteilung war bisher schließlich nicht die größte Stärke Pakistans. Die schwammige Urteilsbegründung mit dem Verweis auf Artikel 62 und ehrliche und vertrauenswürdige Politiker führte in weiten Teilen des Landes aber mindestens zu einem Schmunzeln und ließ einige Experten von einem vorgeschobenen Grund sprechen. Dieser Aspekt wirft die Frage auf, wer denn an solch einem Urteil das größte Interesse gehabt haben könnte. Neben den üblichen Kandidaten Opposition und Justiz selbst wird auch immer wieder das Militär genannt. Es findet sich aber kein Experte, der eine Aussage wagt, ob das Militär aktiv in die Absetzung Sharifs eingegriffen hat oder ob es noch eingreifen wird, wenn die langfristige Nachfolge unsauber geregelt wird.

Das politische Nachbeben dieser Entscheidung wird noch länger andauern und sich zumindest bis zur



Bild: Erik Cleves Kristensen bei flickr.com (CC BY 2.0)

regulären Parlamentswahl 2018 fortsetzen. Es bleibt abzuwarten ob es im Zuge der nun laufenden Ermittlungen des NAB zur Verhängung von Strafen gegen Sharif und die anderen Angeklagten kommt. Diese könnten von Vermögenseinfrierungen über den Ausschluss von politischen Tätigkeiten weiterer Beteiligter bis hin zu einer Gefängnisstrafe reichen. Allerdings ist auch der übliche pakistanische Weg möglich, der über eine anhaltende Verzögerung zu einem Umschiffen möglicher Konsequenzen führen könnte.

Nawaz Sharif hat bereits so viele Comebacks in Pakistan geschafft, dass es auch dieses Mal nicht völlig auszuschließen ist. Als Zweitlösung platziert er momentan die einzige Familienangehörige in der Politik, die nicht in den Panama-Papers auftaucht. Das durch seinen Rücktritt freigewordene Parlamentsmandat wurde in einer Nachwahl von seiner Ehefrau Kulsoom Nawaz Sharif erungen.

Zum Autor

Lutz Viehweger (PhD) ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Pakistan mit Sitz in Islamabad. Schwerpunkt der Arbeit im Land ist die Unterstützung des Dialoges zwischen verschiedenen Akteuren aus Politik, Gesellschaft und Militär zu Themen der regionalen Kooperation und des Demokratisierungsprozesses. Auf ein Autorenfoto wird verzichtet.